

# AKW-Firmen wollen Risiko loswerden

Berlin. Die Energiekonzerne E.on, RWE und EnBW möchten nach Spiegel-Informationen ihr gesamtes deutsches Atomgeschäft an den Bund übertragen. Dem Plan zufolge sollen die Kernkraftwerke in eine öffentlich-rechtliche Stiftung eingebracht werden, die die Meiler dann bis zum endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie im Jahr 2022 betreibt. Dies schreibt das Magazin unter Berufung auf Konzern- und Regierungskreise.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) wies die Überlegungen umgehend zurück. »Die uneingeschränkte Verantwortung für den sicheren Auslaufbetrieb, die Stilllegung, den Rückbau und die Zwischenlagerung des Atommülls liegt bei den Energieunternehmen«, sagte Hendricks am Sonntag in Berlin. Sie hätten auch sämtliche Kosten zu tragen. Laut Ministerium hat es Gespräche über eine Stiftung bisher nicht gegeben. Auch Schleswig-Holsteins Energieminister Robert Habeck (Grüne) erteilte dem Ansinnen eine Absage.

Laut Spiegel soll die Stiftung für den milliardenteuren Abriß der Meiler und die Lagerung des Atommülls verantwortlich sein. Gehören soll diese »Bad Bank« für AKW dem Bund. Die Stromversorger wollen rund 30 Milliarden Euro an Rücklagen einbringen, die sie für Abriß und Entsorgung bislang bilden mußten. Der Staat soll im Gegenzug die gesamten Risiken übernehmen, die heute noch bei den Konzernen liegen.(dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/219732.akw-firmen-wollen-risiko-loswerden.html>